

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Postfachstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 81.

Montag, 10. April 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Erlaß

an die Schulvorstände im amtshauptmannschaftlichen Bezirke Großenhain.

Die Schulvorstände werden hiermit veranlaßt, über die in ihrem Schulbezirke zu Obern dieses Jahres in das schulpflichtige Alter getretenen blinden Kinder eine Liste, eventuell wenn solche nicht vorhanden sind, Fehlschein bis zum 25. April 1893

anher einzureichen, ersterenfalls auch anzugeben, ob diese Kinder beaufs. Aufnahme in die Blindenanstalt angemeldet worden sind.

Großenhain, am 5. April 1893.

Die Königl. Bezirksschulinspektion.
v. Willisch. Dr. Selbe.

B. 727

D.

Bekanntmachung

die Anmeldung zum Besuche der städtischen Fortbildungsschulen betr.
Diejenigen hier wohnhaften Knaben, die verpflichtet sind, von jetzt an die Fortbildungsschule zu besuchen, haben sich zu diesem Zwecke

Mittwoch, den 12. April d. J., nachmittags zwischen 2 und 5 Uhr in der Schulerpedition im Schulhause an der Kasanienstraße persönlich anzumelden. Bei der Anmeldung ist das letzte Schulzeugnis vorzulegen, auch ist ausdrücklich anzugeben, ob der Eintritt in die Allgemeine oder in die Gewerbliche Fortbildungsschule geschehen soll.

Knaben, die auf Grund ihres bisherigen Schulbesuches vom Besuche der Fortbildungsschule entbunden zu sein glauben, haben ihre Zeugnisse ebenfalls vorzulegen.

Zugleich werden folgende Bestimmungen unserer Schulordnung in Erinnerung gebracht: § 9, Abs. 8: Die Fortbildungsschule haben auch solche hier aufhältliche und aus der Volksschule entlassene Knaben zu besuchen, die einem andern deutschen Bundesstaate oder einem außerdeutschen Staate angehören.

§ 9, Abs. 9: Fortbildungsschulpflichtige Knaben, die im Laufe des Jahres zuziehen, haben sich längstens binnen drei Tagen nach ihrem Eintreffen hier anzumelden.

§ 9, Abs. 10: Für die Behandlung von durch verspätete Anmeldung entstandenen Versäumnisse ist § 5 des Volksschulgesetzes vom 26. April 1873 maßgebend.

Riesa, am 6. April 1893.

Die Direktion der städtischen Schulen.
Bach.

Tagesgeschichte.

* Die Lage in Serbien ist bunt und kraus. Fast gewinnt es den Anschein, als ob eine revolutionäre Entladung stattfinden wird, denn die bei den letzten Wahlen zweifelhafte siegreiche radikalische Partei wird jetzt von den am Ruder befindlichen Liberalen vergewaltigt und sie scheint wenig geneigt, sich das ruhig gefallen zu lassen. Als König Milan seine Krone niederlegte, setzte er für seinen noch minderjährigen Sohn, den König Alexander, eine aus drei Personen bestehende Regentenschaft, nämlich Nisitsch, Belimarkowitsch und Protitsch ein. Alle drei gehören zu der Partei der Liberalen. (Die Partei der Fortschrittler ist rassistisch gesinnt und steht zur Königin Natalie, hat aber bei den Wahlen keine größeren Erfolge zu erzielen vermocht.) Im vorigen Jahre starb einer der Regenten, Protitsch. Die Stupschina hätte nun verfassungsmäßig sogleich einen andern wählen müssen; sie bestand aber der Mehrzahl nach aus Radikalen, hätte also auch einen Radikalen in die Regentenschaft befördert und das wollten Nisitsch und Belimarkowitsch verhindern. Das Ministerium selbst aber war gleichfalls radikal und wollte sich auf keine Hinzögerungen einlassen. Es hielt sich für unentbehrlich, da für ein Kabinett von anderer Färbung in der Stupschina keine Mehrheit zusammenzubringen war, und beging in dem Gefühl seiner Stärke den großen Fehler, der Regentenschaft seine Entlassung anzubieten. Diese wurde — wider Erwarten — angenommen. Die beiden Regenten beriefen ein liberales Ministerium unter Avakumowitsch und dieses löste die Stupschina auf, um sich eine gefügigere wählen zu lassen. Der Wahlkampf war wie bekannt ein ungemein erbitterter. Die Regierung griff in geradzugehender Weise ein, ließ gegnerische Agitatoren und Kandidaten verhaften und erklärte eine Menge radikal ausgefallener Wahlen aus eigener Machtvollkommenheit für ungültig. Trotz all' dieser Gewaltthaten war die Mehrheit für die Regierung nur eine winzige und gleich die Eröffnungssitzung der neuen Volksvertretung artete in einen großartigen Skandal aus. Es stehen noch einige Nachwahlen aus, die der Regierung erst eine bessere Mehrheit bringen sollen, und so waren die Radikalen in der Lage, die Stupschina für beschlußfähig zu erklären, worauf sie den Sitzungssaal verließen; die wenigen Fortschrittler schlossen sich ihnen an. Wenn nun die Regierung daraufhin die sämtlichen radikalischen und fortschrittlichen Mandate für verwirkt erklärt, wie offiziös versichert wird, und binnen drei Wochen Ergänzungswahlen veranstaltet, so fährt sie eben nur auf dem einmal betretenen Wege fort, von dem es für sie kein Abweichen mehr giebt, denn selbst die Einreichung ihrer Entlassung dürfte den Ministern abgeschnitten sein, da sie sich durch dieselbe nur der gewiß nicht simplen Nachrede der zur Macht zurückkehrenden Radikalen ausliefern würden. Die Sachlage hat sich in Belgrad so zuspitzt, daß es nur noch drei Möglichkeiten giebt: entweder das Kabinett Avakumowitsch tritt ruhmlos vom Schauplatz ab oder es fährt ein energisches Säbelregiment oder schließlich: Revolution. Sonderbar ist, daß in dem Kampfe der Name Karageorgiewitsch verhältnismäßig wenig genannt wird. Nur vor Kurzem hieß es, der jetzige Träger dieses Namens, bekanntlich der Schwiegersohn des Fürsten von Montenegro, sei unerlaubter Weise nach Serbien gekommen und die Re-

gierung habe einen Steckbrief gegen ihn erlassen. Serbien ist das klassische Land plötzlicher Umwälzungen und schon mehr als einmal haben die Karageorgiewitsch und die Obrenowitsch auf dem Thron miteinander abgewechselt. Der „schwarze Peter“ ist mit dem russischen Kaiserhause verwandt; aber auch die Mutter des gegenwärtigen Königs Alexander ist eine geborene Russin. Natalie wohnt jetzt in Vidua, wo auch der Jar residirt. Daß die intrigante Königin für ihren Sohn um den Schatz des mächtigen Jaren streben wird, ist selbstverständlich. Hofft Natalie doch nach Eintritt der Großjährigkeit ihres Sohnes nach Belgrad zurückkehren und dann wieder eine einflussreiche politische Rolle spielen zu können. Dieser schöne Traum wird natürlich verfliegen, wenn die Regentenschaft es zur Revolution kommen läßt, weil eine solche unzweifelhaft den Thron des jungen Alexanders zertrümmern würde.

Deutsches Reich. Der Kaiser wird bei seiner Anwesenheit in Rom mit zwanzig Personen seines Gefolges die königlichen Gemächer im Quirinal, die Kaiserin mit sechs Damen ihres Gefolges daran anstoßende Räume bewohnen. Das übrige Gefolge wird im Albergo Bristol, wofolbst auch der Großfürst Wladimir absteigt und im Albergo Reale untergebracht werden. Die Ankunft des deutschen Kaiserpaars in Rom erfolgt am 20. April mittags; der König, die Königin und die sämtlichen Prinzen und Prinzessinnen mit großem Gefolge werden sich zum Empfange auf dem Bahnhofe einfinden. Eine militärische Abordnung wird dem Kaiserpaar bis Chiusi entgegenreisen.

Mit der Rückkehr des russischen Botschafters in Berlin, Grafen Schuwalow, auf seinen Posten, hofft man die Angelegenheit des deutsch-russischen Handelsvertrages lebhafter in Fluss kommen zu sehen. Es heißt, Graf Schuwalow sei beauftragt, über einige Punkte, in denen hauptsächlich Meinungsverschiedenheiten obwalteten, in Berlin mündlich die Ansichten seiner Regierung geltend zu machen. — Die Verhandlungen über den deutsch-panischen Handelsvertrag gehen, wie man hört, jetzt rasch vorwärts. Die kurze Frist für die neueste Verlängerung spricht am ... , daß man nicht an eine längere Verzögerung des endgültigen Abchlusses denkt.

Ueber die Dresdener internationale Sanitäts-Konferenz erfährt die „Köln. Ztg.“, daß außer Spanien und Portugal wahrscheinlich auch die Türkei und Griechenland eine eingehende Aenderung der Quarantäne-Maßregeln beanstanden werden. Die maßvollere Auffassung der mitteleuropäischen Großmächte wird indes wohl durchdringen. Man will indes vorhersehen, daß wenigstens vier bis fünf Staaten das Schlußprotokoll nicht sogleich oder doch mit gewissen Vorbehalten unterzeichnen werden.

Den „M. N. N.“ zufolge sind die bayerischen Landtagswahlen für die vierte Juniwoche in Aussicht genommen. Vorausgesetzt ist dabei, daß der Reichstag nicht aus Anlaß der Militärvorlage aufgelöst wird.

Von gutunterrichteter Seite will ein Berliner Berichterstatter erfahren, daß alle in der Presse verbreiteten Nachrichten über ein Entgegenkommen der Reichsregierung in der Militärvorlage etwa in der Richtung des Antrags lieber sich als unzutreffend erweisen. Der Reichszentraler bleibt eben auf dem in der Militärkommission eingenommenen Standpunkt stehen. Im übrigen wird der „Köln. Ztg.“

versichert, daß die Reichsregierung sich offiziell mit der Frage der Stellungnahme zur etwaigen Ablehnung der Militärvorlage überhaupt noch nicht beschäftigt hat und vor Beendigung der zweiten Lesung auch nicht Stellung zu nehmen gedenkt. Auch in dieser Richtung ist einer über das Ziel hinauschießenden Konjekturenpolitik allzu sehr freier Lauf gelassen worden.

Ueber den „Radauantifemismus“ sprach sich Hofprediger Stöcker in einer christlich-socialen Versammlung in der Berliner Tonhalle aus. Er erklärte: „Der Radau muß zuerst verschwinden, dann hat die antifemistische Bewegung Aussicht auf einen endlichen Sieg. Durch wüste Volksversammlungen mit Radau, Vorbertrügen und vielen Einnahmen erleidet sie nur Schaden.“ (Starker Beifall und vereinzelter Widerspruch.) Wie es die Böckeliner treiben, das sei eine Schande, ja ein Wahnsinn. Böckel wolle ihn, Stöcker, aus seinem Siegkreis verdrängen, ferner habe der Redacteur des „Reichserold“ in öffentlicher Versammlung erklärt, die Antifemiten sollten hundert Mal lieber einen Socialdemokraten als einen Konservativen wählen. Mit solchen Wahnsinnigen könne er nicht Politik treiben.

Frankreich. Bis zum 25. April wird nun Frankreich wohl Ruhe haben, da sich Kammer und Senat nach Erledigung des Staatshaushaltsgesetzes bis dahin vertagt haben. Inzwischen kritisiert die Presse die phrasenhafte Erklärung des Ministers Dupuy. Die Mehrzahl der Blätter findet dieselbe wenig bedeutend und nicht dazu angethan, übermäßige Hoffnungen oder scharfe Opposition hervorzurufen. Andererseits wird die gute Aufnahme der Erklärung von Seiten der Kammer betont und darauf hingewiesen, daß diejenigen, die auf den baldigen Sturz des Cabinets rechneten, Enttäuschungen erleben könnten.

Die Panama-Gesellschaft veröffentlicht den Verlängerungsvertrag für die Ausführung des Panamakanals. Eine mit dem 31. Oktober 1894 ablaufende Frist von 20 Monaten ist beauf. Bildung einer neuen Gesellschaft bewilligt, die innerhalb 10 Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt ihrer Bildung, den Kanal zur Ausführung bringen soll. Die gegenwärtige Beschaffenheit des von den bisherigen Arbeiten vorhandenen Materials soll in einem Inventar protokolllarisch festgestellt werden. Die übrigen Bestimmungen des früheren Vertrags sind beibehalten worden.

Rußland. Ueber die Cholera in Rußland schreibt man der „Pol. Kor.“ aus St. Petersburg, 29. März: Die Choleraepidemie beginnt wieder im russischen Publikum lebhaftere Besorgnisse hervorzurufen. Obgleich seitens der Behörden über das Wiederauftreten der Epidemie in St. Petersburg nichts verlautbart wurde, ist es doch bekannt, daß in der letzten Zeit in der Hauptstadt einige Cholerafälle vorgekommen sind. In gewissen Provinzen wüthet die Cholera und zu den am meisten heimgesuchten gehört Podolien, wo nach dem letzten amtlichen Berichte innerhalb vierzehn Tagen 289 Erkrankungen und 84 Sterbefälle zu verzeichnen waren. Zu den von der Regierung getroffenen prophylaktischen Maßregeln gehört die (soeben an die Verwaltungen der russischen Eisenbahnen erlassene Verfügung, besondere Commissionen mit der Ueberwachung des sanitären Zustandes der den betreffenden Verwaltungen unterstehenden Bauarbeiten, der Eisenbahnzüge u. s. w. zu betrauen. Die Ver-